



Bildungsdepartement
des Kantons St.Gallen
Herr Regierungsrat Stefan Kölliker
Davidstrasse 31
9001 St.Gallen

St.Gallen, 15. September 2011

Vernehmlassung „XII Nachtrag zum Volksschulgesetz“, sowie „XIII Nachtrag zum Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer“

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP des Kantons St.Gallen dankt Ihnen für die Einladung zu den Vernehmlassungen „XII Nachtrag zum Volksschulgesetz, sowie XIII Nachtrag zum Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer“. Gerne nehmen wir in der Folge Stellung:

XII Nachtrag zum Volksschulgesetz

Regionale Schulaufsicht, Motion zur Abschaffung der RSA

Die SVP Kanton St.Gallen darf den Bericht und Entwurf vom 07.07.11 zum XII Nachtrag des VSG St.Gallen kritisch würdigen. Wir danken der Regierung für die Ausarbeitung und Unterbreitung. Wir stellen fest, dass der Kantonsrat am 22.02.10. mit der Motion 42.09.34 die RSA auf die Amtsdauer 12-16 hin abgeschafft hat.

Daraus resultierte der Auftrag an das Bildungsdepartement, eine Gesetzesänderung vorzuschlagen. Der Vorschlag, die Zahl der 45 RSA Mitglieder auf 20 zu reduzieren und diese nur noch in der Rechtspflege einzusetzen, scheint uns zu wenig durchdacht. Die regionale Abdeckung wird nicht mehr erfüllt. Der Vorschlag der Fremdevaluation wird aus unserer Sicht finanziell völlig unterschätzt, hier werden für die lokalen Schulgemeinden erhebliche Mehrkosten entstehen und die Verbindung hin zur PHSG wird sehr kritisch hinterfragt.

Mit der Verkleinerung resp. der vorgeschlagenen Zusammenlegung von Wahlkreisen werden die regionalen Befindlichkeiten gestört, es stellt sich auch die Frage; warum hier schon wieder ein neues Konstrukt an „Kreisen“ gezogen wird. Wir erinnern uns an die Zusammenführung der Bezirke zu Wahlkreisen und an die Zusammenführung der Gerichtskreise. Nun folgt ein weiteres Konstrukt, welches in keines der genannten passt.

Die lokale Verankerung erachten wir als ein wichtiges Element im Zusammenspiel Volksschule und Volk. Deren Aushebelung können wir nicht nachvollziehen. Die Zusammensetzung der Doppelwahlkreise wird somit kritisch hinterfragt und findet keine Unterstützung. Die Ausführungen über die Fremdevaluation, welche voraussichtlich durch die PHSG koordiniert wird, findet ebenso wenig Unterstützung wie die beschriebene zweistufige subsidiäre Instandsetzung mit dem Beispiel der Schülertransporte. Hier erkennen wir definitiv keine Vorzüge der Basisnähe.

Wir sind der Meinung, dass die finanziellen Überlegungen zu wenig durchdacht sind, dass die lokale Verankerung weiterhin bestehen muss und hegen Zweifel über die Ausarbeitung der Fremdevaluation und die damit verbundene Qualitätssicherung. Hier stellt sich auch die Frage, ob die Gemeinden bereit sind, diese hohen Kosten zu tragen. Die SVP Kanton St.Gallen macht daher einen Vorschlag, in welchem nicht nur eine klare Ersparnis zum heutigen System der RSA hervorgeht, sondern auch die regionale Sicht und



Einbindung berücksichtigt werden kann. Die SVP Kanton St.Gallen schlägt eine Rekurskommission für den ganzen Kanton St. Gallen vor.

Vorschlag der SVP Kanton St.Gallen

Die SVP Kanton St.Gallen wird sich für eine Rekurskommission für den ganzen Kanton einsetzen, welche aus 9 Personen besteht. Es soll ein Vertreter pro Wahlkreis eingesetzt werden. Die Wahl erfolgt wie schon vorgeschlagen durch den Erziehungsrat. Damit die juristischen Belange wie beschrieben in dieser subsidiären Ebene behandelt werden können, schlägt die SVP Kanton St.Gallen als Mitglied der Rekurskommission einen Juristen vor. Zusätzlich muss ein Sekretariat geschaffen werden. Dies würde zu einer Vereinfachung führen, welche die lokale Einflussnahme berücksichtigt und durch eine schlanke Struktur eine Kostenreduzierung mit sich bringen würde. Es werden nicht vier verschiedene Stellen und Einheiten geschaffen, sondern nur eine.

Damit verbunden müsste der Gesetzesentwurf im Artikel 110 angepasst werden. Wir danken für die Kenntnisnahme.

XIII Nachtrag zum Volksschulgesetz

Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer

Die SVP Kanton St.Gallen darf den Bericht und Entwurf vom 07.07.11 zum XIII Nachtrag des VSG St. Gallen kritisch würdigen. Wir danken der Regierung für die Ausarbeitung und Unterbreitung. Wie die Motion (42.10.17 Einheitliche Regelung der Weihnachtsferien) vorsieht, soll eine einheitliche Lösung betreffend der Weihnachtsferien gefunden werden. Das Massnahmenpaket, welches nun vorgeschlagen wird, soll den Lehrberuf in der Volksschule stärken, so lautet der erste Satz des Berichtes. Wir erkennen diesen Bedarf und finden grundsätzliche Übereinstimmungen.

Dass die Lehrpersonen eine Entlastung in Form von einer Woche weniger Schulunterricht (von 28 Wochenlektionen auf 27) erfahren und somit profitieren, liegt auf der Hand und findet Akzeptanz. Der Vorschlag sieht ebenso vor, dass die vielen verschiedenen therapeutischen Arbeiten entlastet werden, so finden in Zukunft keine zusätzlichen Entlastungen mehr statt, wenn in kleineren Gruppen gearbeitet wird.

Wir hinterfragen jedoch kritisch, wie die Lehrpersonen gleich behandelt werden, wenn bei Lehrermangel die Lohnstufen variiert werden können. Dass die Regierung in Eigenständigkeit beurteilen kann, ob die Lohnstufen bei Bedarf erhöht werden, finden wir fraglich. Wir meinen, dass mit den finanziellen Mitteln sorgfältig umgegangen werden muss. Bezüglich der Heterogenität werden die Zusatzaufträge für die PHSG kritisch hinterfragt. Die Aufgabe der PHSG sollte eigentlich die Lehrerausbildung sein und nicht die Forschung.

Die SVP des Kantons St.Gallen behält sich ausdrücklich vor, im weiteren Verlaufe des Geschäfts Anträge einzugeben.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme und die Umsetzung der Änderungswünsche dieser Vernehmlassung.
Mit freundlichen Grüßen

SVP DES KANTONS ST.GALLEN

Thomas Zünd, Präsident